

AfD „Flüchtlinge im Volkskörper“

Der stellvertretende Sprecher der Alternative für Deutschland (AfD), Alexander Gauland, verteidigt die autoritären Staatsreformen und die restriktive Flüchtlingspolitik der neuen rechtspopulistischen polnischen Regierung. Es sei Sache der Polen und nicht der Europäischen Union „zu entscheiden, wie ihr Verfassungsgericht aussieht“, sagte Gauland am Dreikönigstag in einer Rede zum Wahlkampfauftakt der AfD in Stuttgart. Gleiches gelte für das Thema Zuwanderung, wie Gauland in volkischem Jargon ausführte: „Es ist die Sache der Polen zu entscheiden, wie viele Flüchtlinge sie in ihrem Volkskörper haben wollen.“ fri

Katholiken Die Wiederkehr des Tebartz-van Elst

Der geplante erste Auftritt des Bischofs Franz-Peter Tebartz-van Elst vor einem größeren Forum in Deutschland empört Limburger Katholiken. Der nach Rom berufene Geistliche soll im April als Zugpferd eines Kongresses rechter Katholiken in Aschaffenburg über die „Verkündigung der Verlässlichkeit“ reden. Den Auftritt seines ehemaligen Bischofs bezeichnet der Limburger Priester Hubertus Janssen als „eine einzige Katastrophe“ und „Schlag ins Gesicht aller gutgläubigen Katholiken“. In Limburger Gemeinden forderten Katholiken die Kongressveranstalter auf, ihrem „unbelehrbaren Bischof keine Plattform zu bieten“. wen



Tebartz-van Elst

Flüchtlinge 4000 Menschen pro Tag

Das Bundesinnenministerium hält es für möglich, dass in diesem Jahr eine Million Flüchtlinge versuchen werden, die Türkei auf dem Weg nach Europa zu durchqueren. Die Türkei könne davon bestenfalls 200 000 zurückhalten und selbst unterbringen. Diese Zahlen präsentierte der

Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium Ole Schröder (CDU) auf einem Treffen mit seinen Kollegen aus Schweden und Dänemark sowie EU-Flüchtlingskommissar Dimitris Avramopoulos am Mittwoch in Brüssel. Schröder berief sich auf Prognosen des Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Auf dem Treffen kritisierte er laut Teilnehmern die EU-Kommission: „Die Maßnahmen zei-

gen noch keine Wirkung, die Zahlen gehen nicht zurück, derzeit kommen immer noch täglich im Schnitt 4000 Menschen von der Türkei nach Griechenland.“ Spitzenbeamte der EU-Kommission betonen, dass die Zahl der Flüchtlinge, die in die EU kommen, bis spätestens Mitte des Jahres drastisch zurückgehen müsse, ansonsten sei die Flüchtlingskrise kaum noch zu beherrschen. mp

Glücksspiel Konzerne locken junge Zocker

Jugendliche interessieren sich sehr für Werbespiele von Glücksspielkonzernen im Internet. Das ist das Ergebnis einer Befragung von 2000 Schülern in Norddeutschland im Rahmen des Forschungsprojekts „Social Gambling“ der Universität Bremen. Demnach hat jeder zweite Heranwachsende zwischen

12 und 17 Jahren im vergangenen Jahr mindestens einmal an einem sogenannten simulierten Glücksspiel teilgenommen. Diese Spiele gleichen im Design klassischen Angeboten wie Poker oder Roulette, erfordern aber keinen Geldeinsatz. Glücksspielunternehmen wollen damit in sozialen Medien neue Kunden gewinnen und langjährige Bindungen aufbauen. Der Leiter des Bremer Projekts, der Suchtforscher Gerhard

Meyer, bezeichnet das Ergebnis seiner Erhebung als alarmierend: „Es besteht ein offensichtliches Gefährdungspotenzial, dass Jugendliche auf echte Glücksspiele umsteigen.“ Weil die Spieler häufiger gewinnen als bei realen Angeboten, werde die Lust auf das Spiel gesteigert und eine unrealistische, überzogene Gewinnerwartung geweckt. Der Gesetzgeber müsse einschreiten, fordert Meyer. mif



Braunkohlekraftwerk Neurath bei Grevenbroich

THOMAS RAUPACH

Kohlestrom Fahrplan für den Ausstieg

Die Pläne für ein Ende des Kohlestroms in Deutschland werden konkreter. Am 13. Januar stellen die Energiefachleute der regierungsnahen Expertengruppe „Agora Energiewende“ einen Elf-Punkte-Plan vor, der so präzise wie noch nie einen möglichen Komplettausstieg bis 2040 beschreibt. Derzeit haben Kohlekraftwerke noch

eine Leistung von 47 Gigawatt und erzeugen mehr als 42 Prozent des deutschen Stroms.

Das Gutachten soll Bundesumwelt- und Wirtschaftsministerium als Grundlage für Gespräche mit Energieversorgern, Gewerkschaften und auch den Regierungen von Brandenburg und Nordrhein-Westfalen dienen. Die Experten schlagen vor, die Kraftwerke in einer bestimmten Reihenfolge abzuschalten; ein Großteil der Meiler wür-

de vor dem ursprünglich geplanten Ende vom Netz genommen. Eine der Maximen der Agora-Fachleute: Das schrittweise Stilllegen von Kraftwerken dürfe nicht zu Versorgungsengpässen führen. Das Gutachten enthält auch Vorschläge für einen sozial verträglichen Abbau von Arbeitsplätzen.

Bis zum Sommer will Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) ihren Plan für den Kohleausstieg vorlegen. kn